

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis monatlich 0.20 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragene in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Ausgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.40 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 35

Sonntag, den 30. August 1924

28. Jahrgang

Siegt die Vernunft?

Die Londoner Konferenz ist vorüber, ihr Resultat wird seit zwei Wochen täglich durch die Großstadt- und Provinzpresse geschleift, wobei es natürlich an groben Entstellungen und Uebertreibungen nach parteipolitisch demagogischer Art nicht fehlt. Die als Milierte in Betracht kommenden Regierungen haben bekanntlich mit der deutschen das Dawes-Gutachten angenommen und in gemeinsamer Beratung unter Mittun der deutschen Regierungsgesandten eben in London die im Gutachten enthaltenen Voraussetzungen zur deutschen Reparationspflicht formuliert und paraphrasiert. Nun fehlt es nur noch in der Hauptsache an der Zustimmung durch das deutsche Reichsparlament, und es fehlt weiter an der Beschlussfassung zu Gesetzen, die die Voraussetzungen für die deutsche Erfüllung des Dawes-Gutachtens abgeben. Diese Gesetze bedingen zum Teil eine Verfassungsänderung, die im Reichsparlament die Anwesenheit von zwei Drittel Abgeordneten erfordert, und von diesen wiederum müssen zwei Drittel für die Zustimmung stimmen; so schreibt es die Verfassung (Artikel 76) vor. Jetzt heißt es für die nationalistischen Maulaufreißer: Farbe bekennen! und es ist in der Tat ein ergötzliches Schauspiel zu beobachten, wie diese Leute sich scheuen, die Konsequenzen aus dem verlorenen Kriege und aus den Leiden der Bevölkerung nach dem Kriege zu ziehen. Diese Mächteger-Politiker, zu denen leider auch Teile der Arbeiterschaft stehen, sind gegen das Londoner Abkommen, weil es auf dem Dawes-Gutachten basiert und Deutschlands Wirtschaftsleben zu sehr belastet. So sagen sie, rollen dabei echt nationalistisch mit den Augen und ballen in künstlicher Erregung die Fäuste. — Zweifellos ist die Belastung drückend, sie wird wahrscheinlich auf die vorgelebene Zeit und in ihrer Art sich als untragbar herausstellen, aber Deutschland ist in einer Zwangslage; es muß mit Rücksicht auf seine Bewohner, mit Rücksicht auf seine Wirtschaft und seine staatliche Existenz das Sachverständigengutachten, wie es jetzt in London formuliert wurde, annehmen und erfüllen, soweit seine Kräfte es nur zulassen.

Die Sache ist sogar sehr, ein Straußen- und ein Hinauszögern mit der endgültigen Beschlussfassung würde besonders für die Bevölkerung im Ruhr-, Rhein- und Pfalzgebiet keine Erleichterung bringen, würde ferner die deutsche Wirtschaft nicht von den kleinen Schikanen befreien, denen sie schon jahrelang zu unser aller Schaden ausgesetzt ist. Die Räumung der besetzten Gebiete, das Aufheben der Wicam-Lasten, der Zollbeschlagnahme, der Eisenbahnregie, die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft. Die französischen und deutschen Nationalisten ziehen am gleichen Strang der Verantwortungslastigkeit, sie sehen nur ihre engen parteipolitischen Ziele, das „Ganze“ hat sie noch nie beunruhigt. Die Kommunisten befinden sich in derselben Gesellshaft!

Im Laufe dieser Woche fällt in Deutschland die Entscheidung, und wenn diese Nummer des „Steinmetz“ in die Hände der Kollegen gelangt ist, ist bereits Klarheit geschaffen, ob Vernunft und Einsicht oder das Gegenteil davon gefügt hat. Wir wollen es noch nicht glauben, daß politische Verirrtheit soweit geht und erstl. ein Volksentscheid oder eine Neuwahl des Reichstages die Lage klären muß. Die Entscheidung liegt bei den Deutschen Nationalen, den Erben der früheren Säbkrasser und kirrenden Sporentäger. In ihren Reihen befinden sich auch jene, die mit der Reiterische früher auf ihren Gütern „regierten“, ja, es heute noch so verhalten, und die im Arbeiter keinen wertvollen Menschen, sondern einen geduldeten Knecht, einen Kuli, der nur zu parieren hat! Zu diesen „Volksvertretern“ zählen als Anhängel die Anhänger der nationalen Diktatur Ludendorff und seine Getreuen. Sie alle sind, soweit ihre politischen und wirtschaftlichen Versprechungen bei der Wahl im Mai in Betracht kommen, in einer recht unangenehmen Lage, und wir werden am Schlusse dieser Woche feststellen können, wie sie sich aus der selbstgebaute Sackgasse herausgefunden haben.

Auch die Kommunisten im Reichsparlament sind, wie bereits bemerkt, Gegner der Londoner Regelung, die auf dem Dawes-Gutachten fußt. Ihre Stellung ist im Hinblick auf ihre sonstigen politischen, wirtschaftlichen und revolutionären Ziele gewiß folgerichtig, nur ist damit der deutschen arbeitenden Bevölkerung nicht gedient. Und merkwürdig ist: Alle, die das Londoner Abkommen verneinen, können nichts Besseres vorschlagen, sie jucken, wenn gefragt, die Achseln und überlassen das Weitere der Entwicklung! So kann mit den Belangen der gesamten deutschen Wirtschaft, dem Staat und vor allem mit seiner schwer ringenden, arbeitenden Bevölkerung nicht gespielt werden. Das ist überhaupt keine Politik, das ist ein Babanque-Spiel, für welches sich alle vernünftigen deutschen Staatsangehörigen schämechten bedanken. Denn es wird wirklich Zeit, die Kriegskrankheit zu heilen zu versuchen, wozu die jetzige Londoner Regelung ein ernsthaftes, hoffnungsvolles Beginnen darstellt. Die Gewerkschaftsmittglieder in ihrer Mehrheit und mit ihren Organisationsleitungen schauen weiter wie auf morgen und übermorgen. Sie wissen wohl, was das Londoner Abkommen für sie bringt, wissen aber auch, was eine Ablehnung im Gefolge hat. Man nennt diese Einsicht allgemein: Verantwortungsgedanke! Deshalb werden die parlamentarischen Vertreter der Gewerkschaften dem Abkommen und den damit verbundenen Gesetzen ihre Zustimmung geben. Sie werden daneben auch alle Maßnahmen der Regierung unterstützen müssen, die bestrebt sind, die Sabotage gegen das Abkommen und gegen die notwendigen Gesetze, so oder so zu brechen.

Am Höhepunkt der Wirtschaftskrise.

Die Wirtschaftskrise, welche bereits in den Wintermonaten der Konjunktur ihre Schatten warf und seit dem Frühjahr in der Form einer heftigen Geld-, Kredit- und Absatzkrisis in Erscheinung trat, ist gegenwärtig schon völlig ausgebreitet. Sie hat einen fürchterlichen Umfang erreicht. Es wäre geradezu müßig, die Industriezweige aufzuzählen, welche von der Krise nicht ergriffen wurden. Ist doch die ganze Volkswirtschaft in diese hineingerissen. Am schwersten scheint jedoch die Schwerindustrie getroffen zu sein, schon wegen ihrer überragenden Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben. Die Eisenverhüttung des Siegerlandes und des Ruhr-Dist-

gebietes schließen eine nach der andern ihre Betriebe. Im Bergbau kennzeichnen Feiertagschichten und Beurlaubungen, wenn nicht Entlassungen die Lage. Das Ruhrgebiet ist immer noch mit den Ricum-Verträgen belastet. Am 1. August wurden zwar Erleichterungen in bezug auf die Ein- und Ausfuhrabgaben und die Kohlensteuer gewährt, die Hauptbelastung, die Lieferung der Reparationskohle, blieb aber in den früheren Mengen weiterbestehen. Wird nach Ablauf des kurzen Vertrages infolge der Londoner Vereinbarung eine andre Regelung auf Grund von Sachlieferungsverträgen sofort eintreten? Niemand weiß es. Das Kohlenyndikat des Ruhrgebietes — Ruhrkohle A. G. — wird aller Wahrscheinlichkeit nach auseinandergehen. Die Syndikatspreise werden auch jetzt schon nicht mehr eingehalten, die Absatzkrisis zwingt die Syndikatsmitglieder zu Preisunterbietungen. Die im Juni vorgenommene Herabsetzung der Kohlenpreise um 20 Prozent hat weder zur Belebung des Absatzes noch zum Preisabbau in der übrigen Industrie geführt. Nur gegenüber dem Ausland erfolgte ein beträchtlicher Preisabbau. Ausländische Berichte bekennen sich bereits wegen eines angeblichen deutschen Dumpings. Dennoch gelingt es nicht, die Ausfuhr wesentlich zu steigern. Das Ausland verhält sich durch Zölle, Einfuhrverbote, und hat selbst eine zumeist billig arbeitende Industrie entwickelt. Der Umstand, daß gegenwärtig neben England auch die Vereinigten Staaten und Frankreich durch die Krise ergriffen wurden, erhöht die deutschen Absatzschwierigkeiten im Ausland. Insbesondere beklagt sich die deutsche Maschinenindustrie wegen der amerikanischen Konkurrenz auf den ausländischen Märkten. Die bereits lange anhaltende Krise der Eisen- und Stahlindustrie hat eine weitere Verschärfung erfahren. Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat auf der Konferenz des Internationalen Metallarbeiterverbandes, die vor kurzem in Wien stattfand, erschreckende Angaben über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Metallindustrie mitgeteilt. Aber auch die Textilindustrie, vor einigen Monaten noch in voller Blüte, ist bereits zu Betriebsstilllegungen und Einschränkungen geschritten. Die Bauindustrie liegt daneben, 10 Prozent sämtlicher unterstützten Arbeitslosen sind vom Baugewerbe. Mehr noch als in der Industrie wurde der Großhandel lahmgelegt. Die Zahl der Konkurse war im Monat Juni die höchste, die in Deutschland in einem Monat je verzeichnet wurde. Sie betrug 1173. Die Kurzarbeit ist so weit verbreitet, daß einige Industriezweige, wie z. B. die Bijouterieindustrie, einfach berichten, daß in ihr sämtliche Betriebe auf Kurzarbeit gestellt sind. Eine Unterfertigung der Kurzarbeiter findet bekanntlich nicht mehr statt. Die Arbeitslosenunterstützung wurde eingeschränkt und ihre Höhe ist trotz der erfolgten Erhöhung verschwindend gering.

Der Preisabbau, der für die Linderung der Krise nötig gewesen wäre, hat keine beträchtlichen Fortschritte gemacht. Die Lebenshaltungskosten blieben dank der Erhöhung der Getreidepreise und der Mieten im wesentlichen unverändert, ebenso die Großhandelspreise der Kapital- und Konsumgüter. Die Indizes der „Frankfurter Zeitung“ zeigten Ende Juli gegenüber Mai und Juni eine nur sehr geringe Verminderung. Allerdings mußte sich der Kleinhandel infolge Geldschwierigkeiten seines Vorrats oft zu ermäßigten Preisen entleeren; was aber ausschlaggebend ist, blieben die Preise für Kapitalgüter, insbesondere für Halbfabrikate, auf einer Höhe, die die Linderung der Absatzkrisis verhindern mußte. Die Preispolitik der Unternehmer wurde immer noch nicht radikal geändert. Hinzu treten die hohen Frachtsätze der Eisenbahnen, die dem Preisabbau noch entgegenstehen, die hohen Umsatzsteuern, die immer noch nicht ermäßigt wurden, und die Geld- und Kreditverhältnisse.

In bezug auf die Geldverhältnisse sind einige Veränderungen eingetreten, die jedoch die Dürstheit des Bildes nicht verschwinden lassen. Als scheinbarer Widerspruch gegenüber der ungeheuren Geldknappheit an Betriebsmitteln wurde das Geld in letzter Zeit beträchtlich billiger, insbesondere das tägliche Geld, aber auch das monatliche, ja es herrscht auf dem Geld- und Kapitalmarkt geradezu eine Geldflutigkeit. Die Auflösung dieses Rätsels ist, daß gegenwärtig, mehr noch als in den vergangenen Monaten, das Geld nur denen angeboten wird, die es nicht brauchen, vor den andern wird es versperrt. Nur sogenannten „ersten Adressen“ — mit den Unterklassen zweier erstklassiger Firmen und der Bürgerschaft einer Bank — werden von der Reichsbank und von dem in der letzten Zeit endlich entstandenen Privatdiskontmarkt mit Kredit bedacht. Die Einleger wollen mangels Vertrauens in die Wirtschaft ihre Gelder nur als tägliches Geld anlegen. Die Banken können ihrerseits, um ihre Liquidität zu wahren, diese Gelder auf längere Frist nicht oder nur zum Teil ausleihen. Dadurch, daß die staatliche „Seehandlung“ auf Veranlassung der Reichsbank den Banken die Diskontmöglichkeit geöffnet hat, ist in letzter Zeit ein Privatdiskontmarkt entstanden. Seine Grenzen sind jedoch eng gezogen. Die Banken nehmen ihn übrigens nicht in Anspruch, da sie, indem sie ihre Mittel nur für erkrankte Wechsel hergeben, selbst einen Geldüberfluß haben. Demnach ist im Kreditwesen eine Vertrauenskrise vorhanden, die, wenn sie nicht rechtzeitig behoben wird, den Zusammenbruch noch vieler tausender Betriebe herbeiführen muß. Die nicht „erstklassigen“ Unternehmer, wenn sie auch Geld auf 60 bis 70 Prozent behalten können, müssen sich überlegen, ob ihre Produktion — insbesondere mit Rücksicht auf den zu erwartenden Preisabbau — die enorme Zinsenlast tragen kann. Der Aktienmarkt hat sich in der letzten Zeit unter dem Einfluß der Londoner Konferenz erholt und einen beträchtlichen Teil der seit Januar erlittenen Verluste wieder eingebracht. Am meisten trifft dies bei den Aktien zu, wo die betreffenden Unternehmungen ihre Goldbilanz bereits veröffentlichten, wodurch ein gewisser Einblick in die Verhältnisse dieser Gesellschaften gewährt wird. Indem aber die unglückselige Aufwertungsfrage der Schulden immer noch in der Schwebe ist, können sich die meisten Unternehmungen zur Veröffentlichung ihrer Goldbilanzen zum großen Schaden der Volkswirtschaft nicht entschließen. Die deutschen Nationalen Wahlversprechungen in bezug auf die Aufwertung haben auch in diesem Punkt ihre üblichen Folgen gezeigt.

Unter sämtlichen Produktionszweigen ist es nur die Landwirtschaft, deren Lage sich letzterzeit verbessert hat. Die Weltgetreidepreise sind in die Höhe gegangen, was in Verbindung mit der Freigabe der landwirtschaftlichen Ausfuhr auch zur Erhöhung der deutschen Preislage führte. Auch wird die Versorgung der Landwirtschaft mit Betriebsmitteln erleichtert. Die Reichsbank hat mittels der Seehandlung neue Kredite der Landwirtschaft zur Ver-

fügung gestellt. Nach der Errichtung der Goldnotenbank soll die Rentenbank in den Dienst der Landwirtschaft gestellt werden, damit diese wieder Hypothekenkredite erhalten. Dieser Plan ist nicht glücklich, da für Hypothekenkredite, in dem Maße, als die Ansammlung der Kapitalien vor sich gehen wird, auch die bestehenden landwirtschaftlichen Geldinstitute genügen dürften. Die Rentenbank aber, die auf die Belastung der Landwirtschaft fundiert ist, könnte besser zur Beschaffung bzw. Garantierung ausländischer Kredite, die die ganze deutsche Volkswirtschaft nötig hat, benützt werden. Es soll noch der Versuch des Landbundes, durch Errichtung einer eigenen großen Brotfabrik in Berlin den Zwischenhandel auszusparen, erwähnt werden. Der Plan unmittelbarer Viehlieferung und Butterhandels durch den Landbund wurde gleichfalls erörtert. Angesichts der Gesamtlage, insbesondere der Erhöhung der Weltgetreidepreise, ist die jüngst erfolgte Erklärung der Regierung, derzufolge sie geschlossen hinter den Agrarschutzplan steht, ein nicht zu verantwortliches Vorgehen. Der Liebesdienst an die deutschnationale Partei wird das Elend der deutschen Bevölkerung durch weitere Verteuerung des täglichen Brotes noch vergrößern.

Dieses Elend ist aber himmelschreiend. Wir zitieren die „Frankfurter Zeitung“: „Sozialpolitik und soziales Gefühl sind in der jetzigen Krise mit vielem andern abgebaut worden. Die andauernde Arbeitslosigkeit mit unzureichenden Unterstühtungsätzen, die Kurzarbeiten, völlig ungenügende Entlohnung in Verbindung mit verlängerter Arbeitszeit und der gleichzeitigen Herausbildung eines rückwärtslosen Antreibesystems äußern sich in erschreckend ansteigenden Krankheitsziffern. Unterernährung, Blutmangel und Erschöpfung nehmen zu und drohen die Arbeitskraft zu zerrütten. Die Unglücksfälle in den Bergwerken haben sich in der letzten Zeit in furchtbarer Weise vermehrt. Die Abwanderung hochqualifizierter Arbeiter geht fort. Wer kann bei einiger Ueberlegung ernsthaft glauben, daß auf diese Weise mit diesem Raubbau an der Arbeitskraft Volk und Wirtschaft zur Gesundung kommen können?“ H.

Zurück zur alten Taktik!

Die deutschen Gewerkschaften haben im verflossenen Winter fast ausnahmslos starke Mitgliedererlöbnisse erlitten. Soweit Ueberflüssen vorliegen, war es bisher noch nicht möglich, diesen Mitgliedererlöbnisse wieder auszugleichen. Zusammengefaßt sind heute die deutschen Gewerkschaften schwächer als vor ungefähr einem Jahre. Was sind die Ursachen dieser unerfreulichen Erscheinung?

In den ersten Jahren nach der Kriegsende wurden Hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen den Gewerkschaften als neue Mitglieder beigegeben; sie hatten vor dem Kriege keiner Gewerkschaft angehört und stießen nun zu ihr rein gefühlsmäßig aus äußerlichen Beweggründen: sie erhofften ohne ihr besonderes Zutun eine Verbesserung ihrer Lebenslage. Sonst aber fehlte ihnen jede Kenntnis der Wirtschaftsvorgänge, sie hatten keine gewerkschaftliche Schulung. Und die Gewerkschaftsführer hatten keine Zeit, sie über die höheren Aufgaben der Gewerkschaft aufzuklären, ihnen das Wesen der Bewegung zu erläutern, sie zu überzeugten Gewerkschaftsmitgliedern zu machen. Denn ihre Zeit wurde von den in der Inflationszeit sich überfüllenden Lohnbewegungen und den notwendigen Verwaltungsaufgaben so sehr in Anspruch genommen, daß für Werbe- und Aufklärungsarbeit keine Zeit übrigblieb. Trotzdem verblieben die aus rein egoistischen Trieben den Gewerkschaften Beigetretenen in diesen, weil sie durch die fortwährenden Lohnbewegungen dauernd in Atem gehalten wurden, weil die immerwährenden Lohnfragen ihre Gedankenengänge vollständig beherrschte. Anders kam es, als dann die Inflation abgestoppt wurde und die Wirtschaftskrise ausbrach. Da war es bei diesen Leuten mit der Anhänglichkeit zur Gewerkschaft, in der sie nur die Lohnbewegungsmaschine gesehen hatten, vorbei. Die Gewerkschaft konnte ihnen nicht mehr in dem erwünschten Ausmaß helfen, denn deren Geldmittel waren durch die Inflation zu einem Nichts zerfließen, außerdem lähmte die Krise jeden kraftvollen Vorstoß zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft. Sogar kam, daß das Unternehmertum diese augenblickliche Schwäche der Gewerkschaften ausnützte, Hungerlöhne diktierte und die Arbeitszeit heraufsetzte. Obwohl sich die Gewerkschaften dagegen mit allen ihnen noch verbliebenen Kräften wehrten, war die Kräfteverteilung dennoch so ungleich, sie brachten es nur zu Teilerfolgen. Uebrig blieb ein empfindlicher Lohnabbau und der Achtstundentag wurde durchlöcher. Da fehlten Tausende den Gewerkschaften der Rücken. Sie hatten ja nie gelernt, auch im Leid — und dann erst recht! — zur Gewerkschaft zu stehen! Sie machten nicht die unglücklichen Wirtschaftsverhältnisse, sondern die Gewerkschaften für die Rückschläge verantwortlich. Unbeschwert von den Kenntnissen der Wirtschaftsgesetze und zusammenhänge sahen sie nur, was vor ihren Augen stand, sie verließen unter Schimpfen auf die Organisation und deren Führer die Gewerkschaft.

Diese Flucht wäre allerdings nicht in so großem Umfange geschehen, wenn nicht schon seit Jahren das Mißtrauen und der Unmut gegen die Gewerkschaften und deren Führer systematisch geübt und vielen Arbeitern die Mitgliedschaft geradezu verweigert worden wäre. Im Gewerkschaftsgebälz saß der Wurm der Zerstörung und Zerpaltung schon seit Jahren. In bewußter Weise wurde und wird heute noch gegen die freien Gewerkschaften gehetzt und deren opfervolle Tätigkeit herabgewürdigt. Mit Schlagworten überflutet — die vor allem in aufgeregten Zeiten Boden finden und von einer nichtschämechten Zuhörerschaft um so lieber gehört werden, weil sie deren Sinn schmeicheln — wurde die Gewerkschaftsbewegung geschmäht, jeden Tag ein dutzendmal irgendein „Berat“ der von der Mehrheit eingeleiteten Führer festgesetzt, diese selbst mit überstem Schmutz beworfen, Betrüger, Falschisten, Bonzen, Streikbruchorganisatoren, Verbündete und Handlanger der Kapitalisten beschimpft. Und diese zerstörende Taktik trug in dem Moment üppigste Giltfrucht, als sich im Herbst vorigen Jahres die politischen und wirtschaftlichen Zustände erheblich verschlechterten, ohne daß die Gewerkschaften dagegen viel auszurichten vermochten. Da schoß die gewerkschaftliche Zerstörungsfaat in die Halme und viele Unwissende im Geiste verfielen wieder dem vorkriegszeitlichen Indifferenzismus, nur entlud sich dieser Indifferenzismus vielfach in anderer Weise als früher: Mit fürchterlich radikalem Wortschwall wurde er beschönigt und verbreitet. Die Zahl solcher unorganisierten Maulatheten zählt heute in Deutschland Legion.

Genau betrachtet ist das nur ein ins Kapitale verzerrter Aktivismus der gelben Unternehmerrückzugstruppe der Vorkriegszeit, denn in der Wirkung bleibt sich jeder Indifferentismus gleich, gleichviel wie er beschönigt wird: Er stärkt das Unternehmertum und schwächt die Gewerkschaftstätigkeit.

Trotz all dieser Widrigkeiten ist jeder Gewerkschaft ein ständiger Mitgliedererwerb verblieben. Es war auch nicht alles Spreu, was in der Nachkriegszeit zur Gewerkschaft kam. Unberührt sind viele davon der Gewerkschaft treu geblieben, sie haben sich aus Eigenem höhere Einkünfte verschafft, unverdrossen arbeiten auch sie am Neuaufbau der Gewerkschaft. Ja wohl, am Neuaufbau! Denn wir müssen tatsächlich in der Gewerkschaft neu aufbauen, wir müssen den Ungeist des Mißtrauens bannen, wir müssen der Arbeiterschaft lehren, was die Gewerkschaft in vollem Umfange bedeutet, wir müssen sie einführen in die Wirtschaftszusammenhänge, müssen ihr die Vorzüge, aber auch die Grenzen der Gewerkschaftsmacht zeigen, müssen ihr sagen, daß die Gewerkschaft mehr bedeutet als eine Lohnbewegungsmaschine, daß sie der wirtschaftliche Macht Ausdruck des Proletariats ist, daß sie eine Kulturbewegung ist, daß sie letzten Endes herausführen soll aus Not und Ironie in ein geläutertes Gemeinwesen, das keine Ausbeutung mehr kennt und ein freies Menschentum schafft! Dabei müssen wir alles bekämpfen, was sich diesem Neuaufbau, dieser geistigen Wiedergeburt in den Weg stellt, nicht nur den dumpfen oder auch schreienden Indifferentismus, sondern auch jeden gewissenlosen Schwadronneur, der den Massen vorgaukelt, nur mit Stiergewalt und blindem Terror sei die irdische Glückseligkeit zu erreichen. Die falschen Propheten, die fanatisch mit Schimpferei, Verächtlichmachung und Verleumdung arbeiten nach einer vom Ausland suggerierten und blind übernommenen Vorkriegszeit, müssen wir mit der gleichen Schärfe bekämpfen wie den Indifferentismus. Denn in der Wirkung sind beide gleich: Sie führen den Arbeiter zu Trugschlüssen und auf falsche Bahnen, besiegeln damit die Ohnmacht der Arbeiterklasse und den Triumph der Ausbeuter. Darum Krieg dem Indifferentismus und der gewerkschaftlich-politischen Verhöhnung und Zerschmetterung! Juridisch zur alten, bewährten Taktik, zur zielbewussten Gewerkschaftstätigkeit, die uns einst von Erfolg zu Erfolg führten und planvoll und sicher den Aufstieg und Sieg des Proletariats verbreiteten!

Dann wird auch die Masse, die in Zeiten der Not die Gewerkschaften im Stich gelassen, wieder besseren Sinnes werden. Sie wird Erfolge sehen, ihre wahren Freunde erkennen und die Notwendigkeit der Gewerkschaft begreifen lernen. Daraus wird sie die Nutzenanwendung ziehen. Dies aber wird unsern Aufstieg fördern, unsere Kraft vermehren und unsere Einigkeit stärken. Das Mißtrauen wird verschwinden und das alte proletarische Vertrauen wiederkehren. Das alles aber ist auch notwendig, wenn wir den endgültigen Sieg erringen wollen!

Aus Gründen des Gemeinwohls.

Von dem Recht, das die Paragraphen 6 und 7 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 den Unternehmern geben, wird in einem Maße Gebrauch gemacht, daß selbst das Reichsarbeitsministerium unter dem 12. Juni d. J. in einem Rundschreiben an die Sozialministerien der Länder ausgesprochen hat, die Rücksicht auf die Wirtschaft dürfe nicht zu einer zeitweise völligen Durchbrechung des Verbots der Nachtarbeit für Frauen führen. Das Reichsarbeitsministerium bittet in dem Schreiben die Ministerien, „für Arbeiterinnen von der Zulassung völliger Nachtschichten sowie eines sehr späten Schlusses oder sehr frühen Beginns der Schicht möglichst ganz, und in Fällen, in denen solche Ausnahmen aus ganz schwerwiegenden Gründen unerlässlich erscheinen, die Bewilligungen ganz kurz zu befristen, um eine baldige Nachprüfung sicherzustellen, sowie auch im übrigen die Ausnahmen erst nach genauer Prüfung der Einzelfälle zu erteilen und nach Möglichkeit einzuschränken. Bei den jugendlichen Arbeiterinnen wird ein noch strengerer Maßstab anzulegen und ihr völliger Ausschluß von den Maßnahmen anzustreben sein.“

Das Schreiben läßt erkennen, daß die Anträge auf Einführung der Nachtarbeit für Frauen und auf Beschäftigung von Arbeiterinnen bis spät in die Nacht hinein und in Frühstunden zahlreicher sein müssen, als im allgemeinen angenommen und zugegeben wird. Ganz besonders traurig stimmt bei dem Gedanken an die Schädigungen, die aus solcher Beschäftigung erwachsen, der Gedanke, daß die Anträge auf Bewilligung solcher Ausnahmen oftmals zustande kommen und unterstützt werden durch die Beihilfe, die organisierte Arbeiter den Unternehmern gewähren.

Die Fälle sind gar nicht so selten, wo Betriebsräte die Anträge von Unternehmern auf Ausnahmegewilligungen unterschreiben oder sie durch eigene Schreiben an die Gewerbeaufsicht unterstützen. Zu diesem Vorgehen veranlaßt sie die begriffliche Sorge um ihre Existenz und um die der Kollegenschaft im Betriebe. Unternehmer drohen nämlich in der Regel mit Betriebsstillegungen oder mit Entlassung von Arbeitern, wenn die Bewilligung von Ausnahmen vom Achtstundentage und anderer Beschränkungen der Arbeitszeit nicht gegeben wird. Sie begründen ihre Anträge mit den in § 6 der Verordnung über die Arbeitszeit vorgezeichneten „betriebswirtschaftlichen Gründen“, mit „allgemein wirtschaftlichen Gründen“ und mit den in § 7 vorgezeichneten „Gründen des Gemeinwohls“. Nur allzuoft lassen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben dadurch veranlassen, den Wünschen der Unternehmer zu entsprechen.

Jetzt, in der Zeit steigender Absatzstörungen, scheint folgende Praxis von Unternehmern Schule zu machen:

Bei Entlassungen, die bei näherer Untersuchung als eine Folge der Absatzstörungen und fehlender Aufträge festgestellt werden können, geben Unternehmer den Arbeitern gegenüber Nichtgenehmigung von Gesuchen auf Ausnahmegewilligungen als Ursache an. In einem Falle aus der jüngsten Zeit wurde sogar die Entlassung von 400 Arbeitern und Arbeiterinnen damit begründet, obgleich die Bewilligung des Gesuchs — es handelte sich um Nachtarbeit für Frauen — vorlag.

Die Unternehmer, die da versuchen, die wahren Gründe für Betriebsstillegungen den Arbeitern zu verschleiern, verfolgen damit ganz bestimmte Absichten. Sie wollen einmal Mißtrauen gegen die behördlichen Stellen säen, denen die Entscheidung über die Anträge von Ausnahmen obliegt, und sie wollen — und das wohl in der Hauptsache — einen Keil treiben zwischen die Arbeiter der Betriebe und ihre gewerkschaftliche Organisation.

Die Unternehmer wissen ganz genau, daß die Organisation es ist, die den Bestrebungen auf Verlängerung des Arbeitstages und auf Lockerung anderer Vorschriften über den Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz mit den ihr verfügbaren Mitteln entgegenwirkt. Ihre Mittel verlieren an Wirksamkeit, sobald sich die Arbeiter selbst einzeln der Betriebe durch Bewilligung der Organisation geschädigt fühlen und ihr deswegen die Gefolgschaft verlagert. Deswegen gilt es für die Unternehmer, bei den Arbeitern der einzelnen Betriebe den Glauben zu wecken, daß ein Befolgen der Organisationsbeschlüsse für sie schädlich ist. Sie wollen einen Keil treiben in die Reihen der organisierten Arbeiterkraft, weil sie die Nichtigkeit des Grundgesetzes: „teile und herrsche“ kennen.

Leider lassen sich eine ganze Menge Arbeiter und Arbeiterinnen täuschen. Sie glauben den Unternehmern, und sie übersehen, daß die „betriebswirtschaftlichen Gründe“, die „wirtschaftlichen Gründe“ und die „Gründe des Gemeinwohls“, die von den Unternehmern für ihre Anträge auf Ausnahmegewilligungen angeführt werden, Absichten auf Verbilligung der Herstellungskosten auf Kosten der Arbeiterkraft sind, ohne daß dadurch ein Schutz geschaffen wird gegen Betriebsstillegungen und Entlassungen, die dadurch verhindert werden sollen, in Wirklichkeit aber nicht verhindert, sondern wohl gar gefördert werden.

Gründe des Gemeinwohls erfordern ganz besonders in Zeiten großer Arbeitslosigkeit eine Begrenzung des Arbeitstages für den einzelnen Menschen. Es ist notwendig, daß die organisierte Arbeiterkraft in den Betrieben die Gefahr erkennt, die aus allzu bereitwilligem Entgegenkommen von Wünschen der Unternehmer ihr und der Gesamtarbeiterkraft erwächst. Gertrud Hanna.

Ueber die Bedeutung des Genossenschaftswesens.

Für die erdrückende Mehrzahl der Konsumvereinsmitglieder erschöpft sich die Bedeutung des Genossenschaftswesens in den nicht zu bestreitenden, unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteilen, die die Mitgliedschaft bei der Konsumgenossenschaft bietet und welche durch die Inflationsperiode des Jahres 1923 nur vorübergehend eingeschränkt worden sind. Eine auch nur gedankliche Vorstellung von der volkswirtschaftlichen, sozialen und schließlich kulturellen Bedeutung des Genossenschaftswesens im allgemeinen und der Konsumgenossenschaften im besonderen findet nicht statt; woher es auch kommen mag, daß die gegenwärtigen schweren finanziellen und wirtschaftlichen Bedrangnisse derselben als Ausfluß der allgemeinen Wirtschaftslage des deutschen Volkes einem geradezu trassen „Unverständnis der Massen“ begeben, die ihren eigenen genossenschaftlichen Unternehmungen nicht einmal das von ihnen Verwaltungen angeforderte Minimum an Betriebskapital und Umsatz

leisten, welches für die wirtschaftlichen Leistungen der Genossenschaften in der Vorkriegszeit unumgänglich erforderlich ist.

Nicht es schon diese immerhin erstaunliche Tatsache notwendig, über die Bedeutung des Genossenschaftswesens grundlegende Aufklärung zu schaffen, so in noch viel höherem Maße die grundsätzliche Seite der Frage, welche eben aus ihrer Bedeutung resultiert und die geeignet ist, vor allem die Konsumgenossenschaften selbst in ihrer lediglich wirtschaftlichen Erscheinung als die in die Praxis umgesetzte und „konstruktive Idee des Sozialismus“ zu erkennen.

Die ökonomische Bedeutung der Konsumgenossenschaften wurzelt in der wirtschaftlichen Kräftekonzentration vor allem der auf Lohn und Gehalt angewiesenen Verbrauchermassen. Darüber hinaus aber zeigt die heutige organisatorische Struktur derselben, daß die Mitgliedschaft bei den Konsumgenossenschaften auch die Kreise erfährt, die zur Produzentengruppe gehören, deren Verbraucherinteresse jedoch in gleichem Maße bei den Konsumgenossenschaften gewahrt ist, wie das der Lohn- und Gehaltsempfänger. Neben den Arbeitern und Angestellten, Beamten und freien Berufsangehörigen bilden allmählich die selbständigen Gewerbetreibenden und kleinen Landwirte einen nicht unbeträchtlichen Teil der Konsumgenossenschaftlichen Organisation, in denen man je länger je mehr die wirtschaftlichen Volksgenossenschaften erblicken muß, die der zukünftigen Volkswirtschaft ihren Stempel aufprägen werden.

Daß damit nicht zu viel gejagt und jede perspektivische Ideologie vermieden ist, beweist die Tatsache, daß schon Karl Marx und mit ihm die erste Arbeiter-Internationale (Genfer Konferenz 1864) der Genossenschaftsbewegung eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen Umwälzung der Gesellschaft, zwar nicht parteipolitisch zugedacht, aber als logische Entwicklung ihres Wesens zugeschrieben haben. Dies ist von Karl Marx in seiner Inaugural-Adresse an den ersten Internationalen Arbeiterkongress, nachdem er den Kampf und Erfolg der englischen Gewerkschaften um den Zehnstundentag als den „Sieg eines Prinzips“ charakterisiert hatte, wie folgt geäußert:

„Doch ein noch größerer Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals stand bevor. Wir sprechen von der Genossenschaftsbewegung, namentlich von den genossenschaftlichen Fabriken, die einige tüchtige „Hände“ ohne jede Beihilfe errichteten. Der Wert dieser großen sozialen Experimente kann nicht hoch genug geschätzt werden. Durch die Tat statt durch Argumente haben die Arbeiter bewiesen, daß Produktion in großem Maßstab und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vor sich gehen kann ohne die Existenz einer Herrschenden Klasse, die eine Klasse von „Händen“ anwendet, daß, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über den Arbeiter und als Mittel der Ausbeutung gegen den Arbeiter selbst; daß wie die Sklaverei, wie die Leibeigenschaft, so auch die Lohnarbeit nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, die bestimmt ist zu verschwinden vor der assoziierten Arbeit, die ihr Werk mit williger Hand, rüstigem Geist und frühlichem Herzen verrichtet.“

Eine von dem Kongress einstimmig angenommene Entschließung besagt denn auch in ihrem ersten Absatz:

„Wir anerkennen die Genossenschaftsbewegung als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassenunterschieden beruht. Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, daß das bestehende verarmende und despotische System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital aufgehoben werden kann durch das wohlstandserzeugende und republikanische System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten.“

Die Entschließung empfiehlt nun, sich eher auf Produktion als auf Konsumgenossenschaften einzulassen — eine Tatsache, die beweist, daß mit Ferdinand Lassalle auch Karl Marx die Produktionsgenossenschaften als die „Krone des Gebäudes der Genossenschaftsbewegung“ (Ausdruck von Schulze-Delitzsch) ansah. Und wenn nun die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung der Konsumgenossenschaften das umgekehrte Bild geschaffen hat, so beweist dies nur, daß man eben vor 80 Jahren den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung nicht auch in dieser organisationsrechtlichen Einzelheit voraussehen konnte. Eine Tatsache, die im Hinblick auf neuzeitliche Prophezeiungen immerhin zu allerlei Nachdenklichkeiten Veranlassung geben muß.

Die Produktionsgenossenschaften sind immer der schwächste Zweig der Genossenschaftsbewegung geblieben und ein Teil von ihnen mußte in die Unternehmungen der Konsumgenossenschaften eingegliedert werden, um sie vor gänzlichem Verfall zu bewahren.

Zur Transportkostenfrage der Steine.

(Nachdruck verboten.)

Die deutsche Naturstein-Industrie hat während des Krieges eine fast völlige Stodung ihres Geschäfts zu überwinden gehabt. Durch den Verlust ausländischer Absatzmärkte kamen weitere schwere Schädigungen hinzu. Die Zeit nach der Revolution brachte unserer Steinindustrie verhältnismäßig wirtschaftliche Verhältnisse, da die Ausfuhr von Marmorarbeiten, vor dem Kriege das Hauptabgabefeld der Steinindustrie, fast völlig aufhörte. Die kommunalen Verwaltungen, die vorher der Wegebaustein-Industrie Arbeit boten, wurden nach dem Kriege durch andere Zweige öffentlicher Tätigkeit so in Anspruch genommen, daß neue Straßen nicht gebaut und die vorhandenen nur notdürftig unterhalten wurden. Das wichtige Absatzgebiet für natürliche Werksteine: Herstellung von Grabdenkmälern, verlor auch an Bedeutung, da weite Bevölkerungsteile auf den Kauf größerer Grabsteine aus Naturstein verzichteten mußten.

Wie sehr die Ungunst der Verhältnisse der Steinindustrie mitleidete, geht daraus hervor, daß der Bestand an Wegebaustoffen im Jahre 1922 auf weniger als die Hälfte, die Verfrachtung an Werksteinerzeugnissen auf etwa ein Viertel der vor dem Kriege jährlich abgesetzten Mengen zurückging. Während der Inflationszeit kam der Steinindustrie zeitweilig die Ausfuhr zu Hilfe. Diese Möglichkeiten wurden aber durch Schutzmaßnahmen der Einfuhrländer (Maximalzölle und Einfuhrzertifikate), wie durch Frachtbelastung auf deutschen Strecken gefährdet.

Nun war das Verhältnis zwischen Wert und Fracht bei den schweren und im allgemeinen geringwertigen Natursteinerzeugnissen immer ungünstig. Um die zunehmenden Abschschwächen nicht zu verschärfen, konnten die Verkaufspreise der Natursteinerzeugnisse in den letzten Jahren der Geldentwertung der Steigerung der Herstellungskosten nicht angepaßt werden. Dadurch trat das Mißverhältnis zwischen Handelswert dieser Güter und den der Teuerung folgenden Frachten immer stärker hervor und beeinträchtigte die Verkaufsfähigkeit. Seit Einführung der Goldmarkrechnung sind die Verkaufspreise der Natursteinerzeugnisse im wesentlichen auf die Preise vor dem Kriege gesunken. Gewisse allgemeine Ermäßigungen der Frachttarife brachten kein günstiges Verhältnis zwischen dem Steinwert und der Fracht. Die Steine, die auf deutschen Bahnen nach der Klasse E gefahren werden, erfordern auf die Durchschnittsentfernungen hin immer noch mehr als 50 Prozent höhere Fracht als vor dem Kriege.

Neben diesen Hemmnissen aus den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen leidet der Absatz der deutschen Natursteinindustrie noch unter einigen besonderen Erschwernissen, die teils seit jeher bestehen, teils in der Tarifgestaltung der Nachkriegszeit liegen. Da Deutschland nördlich einer annähernd quer durch Mitteleuropa verlaufenden Linie kein größeres Vorkommen von Naturstein besitzt und auch südlich dieser Linie die Gewinnungstätten an kleinere Gebiete örtlich gebunden sind, so ist die Natursteinindustrie in der Regel auf Absatz und Versand über weite Entfernungen bis 800 Kilometer angewiesen. Der feinerzeit eingeführte Staffeltarif hat

die dadurch entstehenden Frachtbelastungen zwar mildern, aber nicht ausgleichen können. Weitere Frachtbelastung entsteht dieser Industrie aus den Vor- und Zuschlagsfrachten auf Privatankunftstrecken und auf Klein- und Lokalbahnen. Die Steinbruchbetriebe liegen ja nur selten unmittelbar an Hauptbahnstationen. Schließlich verursacht die Frachtberechnung nach den Hauptklassen für mindestens 15 Tonnen oder für das dieses Gewicht überschreitende Ladegewicht der verwendeten Wagen, andererseits wieder die Unzulänglichkeit der Auslastung des Ladegewichts auf Strecken mit beschränktem Radbreiten bei einer großen Zahl von Steinbindungen Luftfrachten und Frachterhöhungen. Immer frachterzeugend wirkt der Umstand, daß die gesamte Be- und Weiterbearbeitung des Natursteins ein fortgesetztes Zerteilen, Behauen und Abhelfen ist. Man muß mit annähernd 30 Prozent Gewichtsverlust und einer entsprechend hohen verlorenen Fracht beim Bezug des Rohstoffs und der Zwischenerzeugnisse rechnen.

Durch dieses Zusammenwirken schlimmer Momente mit der geographischen Lage der Steingewinnungstätten und anderen Faktoren ist die deutsche Natursteinindustrie in Bedrängnis gekommen, so daß zeitweilig bis 70 Prozent der Betriebe stillgelegt haben. Manche Betriebe arbeiten mit erheblich beschränkter Belegschaft, um bei der Rückkehr besserer Zeiten ihren Stamm bewährter Facharbeiter von der Abwanderung abgehalten zu haben. Einer Umschüttelung durch Abbau der Verkaufspreise stehen meist die kaum noch voll gedeckten Selbstkosten entgegen. Bei dieser Sachlage wurde in der zuständigen Instanz der Eisenbahnverwaltungen der Antrag auf Frachterbilligung für die Steinindustrie verhandelt. Grundsätzlich wurde dafür geltend gemacht: Steinerzeugnisse zählen zwar nicht zu den unbedingt nötigen lebenswichtigen Bedarfsgegenständen. Immerhin hat die deutsche Natursteinindustrie erhebliche Kapitalien in ausgebildeten, anderweitig nicht verwertbaren Spezialeinrichtungen festgelegt und beschäftigt im regelmäßigen Betriebe einige Tausend Arbeiter. Diese sind hauptsächlich in ländlichen Bezirken angesiedelt, wo sonstige Arbeitsgelegenheit fehlt.

Für Rohblöcke wurde dementsprechend an Stelle der Frachtklasse E die billigere Klasse F gewünscht. Hierfür wurde geltend gemacht, daß die rohen oder roh behauenen Steinblöcke den Rohstoff für die gesamte Steinbearbeitung bilden und schon aus diesem Gesichtspunkt in die dem früheren Rohstofftarif der Bahn entsprechende niederste Tarifklasse gehörten. Hinzu kommt, daß jeht Rohstoff (Steinblock), Halbzeug (Platte) und Fertigarbeit (Werkstück) nach der gleichen Klasse wie das Rohmaterial verfrachtet werden. Das Bedürfnis nach niedrigerer Frachtberechnung für Rohblöcke zeigt sich namentlich in der Marmor- und Granitindustrie. Die leistungsfähigsten deutschen Marmorbrüche befinden sich im bayrischen Jura im südblichen Oberpfälzer und im Odenwald, kleinere Brüche im Fichtelgebirge, Südbayern und Württemberg. Die Marmorlagerstätten liegen dagegen verstreut über ganz Deutschland. Nur vereinzelt sind Bruch- und Sägerei an einem Ort vereinigt (Groß-Kunzendorf i. Sph.). Meist müssen die Rohblöcke vom Bruch nach der entfernten Sägerei auf Entfernungen von 400 bis 500 Kilometer mit der Eisenbahn befördert werden. Da die deutsche Marmorgewinnung nur etwa ein Viertel des Bedarfs deckt, so müssen drei Viertel der gebrauchten Marmorrohblöcke aus Italien, Belgien,

Oesterreich, Frankreich und Griechenland bezogen werden. Auch für diese Bezüge, auf denen bereits eine hohe Auslandsfracht ruht, bedeutet die bisherige deutsche Frachtklasse für lange Strecken ab Grenze bis Sägerei eine erhebliche Wertverminderung und Erschwerung des Wettbewerbs. Ähnliches gilt für die Granitindustrie. In dieser verarbeitet jedes Werk nicht etwa die im eigenen Bruch gewonnenen Steine, sondern muß — um den nach Art und Ort der Verwendung verschiedenen Anforderungen zu genügen — alle gebräuchlichen, in Farbe, Körnung und Verarbeitungsfähigkeit verschiedenen Steinarten vorrätig halten. Deshalb muß das einzelne Werk immer rohe Granitblöcke nicht nur aus andern deutschen Brüchen, sondern auch aus dem Ausland, namentlich Schweden, beziehen.

Bei einer Einfuhr von rund 60 000 Tonnen, davon 48 000 Tonnen aus Italien, betrug 1913 die inländische Förderung an Marmorrohblöcken rund 15 000 Tonnen. An Sägereien wurde von der inländischen Forderung auf der Bahn etwa 10 000 Tonnen befördert. 1923 wurden nur rund 5000 Tonnen inländische Marmorrohblöcke verfrachtet. Schwedische Rohblöcke aus Granit und Syenit sind nach amtlichen Feststellungen in den ersten 9 Monaten der Jahre 1922 und 1923 nur noch in Mengen von 8400 Tonnen und 5900 Tonnen gegen rund 46 000 Tonnen im Jahre 1913 eingeführt worden. Aber zur Weiterführung des deutschen Auslandsgeschäfts hält sich unsere Granitindustrie auf schwedische Rohblöcke angewiesen. Der farbenreiche Geschmack der Auslandsmärkte, namentlich in überseeischen südlichen Ländern, neigt mehr den bunten Steinen zu, die in deutschen Brüchen teils gar nicht, zum Teil nur ungenügend anzutreffen sind.

Vom Standpunkt der Eisenbahntendenzen wurde aber geltend gemacht, daß trotz dieser Sachlage die Auffassung nicht zutrifft, nach welcher die rohen und roh behauenen Steine in der jetzigen Klasse E gegenüber dem gleich tarifierten bearbeiteten Steine zu hoch einstuft sind. Von dieser Seite wurde geltend gemacht, daß vielmehr die große Masse der bearbeiteten Steine in die, Halb- oder Ganzfabrikaten eigentlich nicht zukommende, niedrige Klasse der Rohstoffe in dem vollen Bewußtsein, daß sie an sich nicht dahin gehört, versetzt worden sind. Dieses geschah mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der deutschen Steinindustrie. Hierbei wurde angenommen, daß der rohe Stein am zweckmäßigsten und wirtschaftlichsten an der Bruchstelle verarbeitet wird. Diese Annahme deckt sich nach den erwähnten neueren Feststellungen allerdings, wenigstens beim Granit und Marmor, nicht ganz mit den wirklichen Verhältnissen. (Schluß folgt.)

Auer: „Nun ist ja sicher, daß die Masse in der Nähe anders aussteht, als wohlmeinende Schwärmer sie sich vorstellen. Das kann nach einer jahrhundertelangen Mißhandlung unter Sklaverei, Feudalherrschaft und industrieller Ausbeutung gar nicht anders sein. Dies zu ändern und zu bessern ist eben die Aufgabe unserer Bewegung. Wer aber in dieser nur den edlen Prinzen sieht, der das Wunderkind Dornröschen Volk nur zu erwecken und zu erlösen hat, der täuscht sich über die uns gestellte Aufgabe.“

Mulatuki: „Wenn ein Läufer ein Bein bricht, ist große Freude bei den Kriechern.“

Anders die Konsumgenossenschaften. Aus genossenschaftlichen Warenverteilungsorganisationen sind Betriebskonzentrationen entstanden, die praktisch zeigen, daß die Organisation des Konsums die beste Grundlage für die Regelung der Produktion bildet. Die Marx'sche „Risiko-Prämie“ des Kapitals wird ausgeschaltet, weil die kombinierte Konsum- und Produktionsgenossenschaft nur für den inneren (Mitglieder-) Markt arbeitet, der Bedarf durch den Konsum ersetzt ist und dadurch der Ueberfluß an Produktion ausgeschaltet. Dieser Tatsache vermag auch die privatwirtschaftliche Konkurrenz gegen die Konsumgenossenschaften keinen Abbruch zu tun, denn die Erfahrung hat bereits tausendfach bewiesen, daß die auf dem organisierten Konsum aufgebaute Produktion infolge der Ausschaltung einer Reihe von Unkostenfaktoren — Risiko-Prämie, Kapitalkosten, Restlose usw. — der privatwirtschaftlichen Produktionsweise unbedingt überlegen ist.

Daraus ergeben sich die schon von Karl Marx gezogenen logischen Folgerungen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften ganz von selbst.

Für die Gewerkschafts- und sozialistische Parteibewegung und ihre Mitglieder kann es sich heutzutage mehr denn je nur darum drehen, ihre Handlungen jenen Folgerungen anzupassen; Handlungen, die in einer vorbestimmten ideellen, organisatorischen und materiellen Förderung der Konsumgenossenschaften bestehen müssen. Was eine umso angereichertere und verbürglichere Aufgabe ist, als sie dazu noch dem eigenen und augenblicklichen Bedürfnisse und wirtschaftlichen Vorteile dient, was sich aus späteren Feststellungen mit zwingender Deutlichkeit ergeben wird.

Vor allem aber: Die Förderung der Konsumgenossenschaften ist Dienst an der Gemeinwirtschaft, am wirtschaftlichen Sozialismus, der die Volkswirtschaft der Zukunft sein wird.

Der Fluch im Leben des Arbeiters.

Von Henry W. Revinson.

Als ich an einem sonnigen Tag im letzten Herbst am Armenhaus von St. Yves in Huntington vorüberritt, sah ich auf hölzernen Bänken, im Angesicht ihres Gefängnisses und eingeschlossen von seiner Rundmauer, etwa fünfzig oder mehr Männer sitzen. Große, starke Gestalten, die meisten jung oder in mittlerem Alter, in anständiger Haltung, viele von ihnen nachdenklich, ja intelligent aussehende Menschen. Sie saßen dort nahe beieinander, aber in einer Art von Betäubung, vor allem in einem Schweigen, das auffallend wirkte. Im Schweigen, denn — was sollten sie sagen? „Rings umher liegt eine Erde, rufend: Komm, grabe mich um, komm — ernte von mir. Und wir — sitzen hier verzaubert.“ In den Augen und auf den Stirnen dieser Männer lag ein düsterer Ausdruck, nicht von Verger, sondern von Kummer und Scham, von mannigfachen, unaussprechlichem Elend und Müdigkeit. Sie erwiderten mein Hinsehen mit einem Blick, der zu sagen schien: „Sieh uns nicht an! Wir sitzen hier gefesselt — wir wissen nicht warum. Die Sonne scheint, die Erde ruft — und die herrschenden Mächte und Unmächte verbieten uns zu gehorchen. Sie sagen uns, es sei unmöglich.“ In all dem lag etwas, das mich an Dantes Hölle erinnerte, und ich ritt schnell weiter.

Carlisle, Vergangenheit und Gegenwart (1843).

So schrieb Carlisle vor 80 Jahren in der Zeit einer Wirtschaftskrise. Ich kann mir keine schrecklichere und keine zutreffendere Beschreibung der „Arbeitslosen“ vorstellen. Alles wird uns gezeigt: die Betäubung, das Schweigen, die Dürftigkeit, der Kummer, die Scham, die unausgesprochene Qual und Müdigkeit, die gefesselte Ohnmacht — als ob die Menschen unter einem Höllensuch ständen! Und doch sind es Männer „von anständiger Haltung, einige von ihnen nachdenklich, ja intelligent aussehend“ — die umsonst die Mächte und Unmächte dieses Landes anrufen. Durchforscht Sta- tistiken bis an euer Lebensende, taucht unter in astronomischen Ziffern der Arbeitslosigkeit, baut Zahlenkolonnen auf nach Beschäftigungsarten und Distrikten, errechnet die Prozentsätze bis zum letzten Krabben und Mädchen — nie werdet ihr ein treffenderes und ergreifenderes Bild der Arbeitslosen gewinnen als dieses! „Eine Art von Urlaub.“ „O, aber“, meint der gute alte Volkswirtschaftler. „Carlisle schrieb in einer Zeit der Umstellung der Produktion, und in solchen Zeiten muß naturgemäß eine Anzahl von „Sünden“ von der Arbeit ausgeschaltet werden. Aber diese werden sehr bald in anderen einträglichen Beschäftigungsweisen aufgenommen, und so neigt Arbeitslosigkeit immer zum Schwinden.“ Ich habe diesen wissenschaftlichen Prozeß einmal verfolgt, als einige Eisenwerke in Süd-Shaffordshire geschlossen wurden. Einige der „Hände“ wurden von einer Irrenanstalt der Grafschaft „aufgenommen“, andre vom Armenhaus, wieder andre vom Friedhof; der Rest stand auf der Brücke über dem Kanal, starrte auf die alten Arbeitsstätten und spuckte ins Wasser. Nicht die Arbeits- losigkeit neigte zum Schwinden, sondern der Ar- beitslose neigte zum Untergang.

„Ja, aber“, rufen ihrerseits die modernen Volkswirtschaftler, „Arbeitslosigkeit ist doch jetzt tatsächlich im Abnehmen. Die Ziffern der Statistik beweisen das doch. Im Vergleich zu denen vor zwei Jahren sind sie nur halb so hoch. Sie können versichert sein, daß nur 1/4 Million, vielleicht noch weniger, jetzt als arbeitslos ver- zeichnet sind. Außerdem ist dann noch die Rente, wir meinen die Versicherung mit Zuschlägen und Ergänzungen. Die Rente erhält den Arbeitslosen lebendig und zufrieden. Sie dient als Damm gegen die Revolution, wie sie die weniger glücklichen Länder heimlich. Außerdem — diese 1/4 Million Arbeitslosen sind doch nicht das ganze Jahr hindurch dieselben Leute. Viele, die eine Zeit Rente bezogen, versuchen wieder Arbeit zu finden, oft mit Erfolg. Die Zwischenzeit ist eine Art von Urlaub — durchaus den Ferien von uns wohlhabenden Leuten zu vergleichen.“

Ich weiß selbstverständlich, daß eine ganze Anzahl wohlhabender Leute ganz zufrieden von einer „Rente“ leben, nicht nur während ihrer jährlichen Ferien von einem Monat, sondern während der ganzen Ferien, die ihr Leben ausmachen. Diese ganze Menschen- klasse kann tatsächlich arbeitslos genannt werden und ihre Rente stammt aus ertreten Kapitalanlagen, aus Mieten oder irgend- einer Form von Spekulation oder Schwindel. Sie sind arbeitslos und leben von einer Rente, aber ich sehe doch einen Unterschied zwischen ihrem Schicksal und dem der beschäftigungslosen Arbeiter. Sie können ausruhen oder „bummeln“ ohne Befürchtungen. Keine nagende Angst quält ihren Geist, sie leben frei vom zerstörenden Element der Furcht.

Die schreckliche Furcht. Als einer, der oft genug kennen lernte, was Arbeitslosigkeit bedeutet, der oft genug voll Angst geweint ist, kann ich wohl sagen, daß die Furcht eine der schlimmsten Prüfungen für den Menschen ist. Furcht und ihre Schwester — Unsicherheit. Immer voll Angst sein um die nächste Zukunft, immer im Zweifel leben, was jetzt wieder geschehen wird, immer unsicher sein, was man tut, wozu man sich wenden soll, das ist eine Qual, mit der verglichen die Martern der Inquisition sanft waren! Aber es gibt noch schlimmere Plagen, die der Arbeitslose erdulden muß. Wenn wir nochmals den Satz Carlises: Sie erwiderten mein Hin- schauen mit einem Blick, der zu sagen schien: „Sieh uns nicht an!“ Er las im düsteren Ausdruck dieser Arbeitslosen keinen Verger — aber Kummer und Scham. Es ist die Scham, die am tiefsten leiden läßt, die Scham der Nutzlosigkeit in einer geschäftigen Welt, und aus ihr entsteht Verzweiflung und Verlust der Selbstachtung. Das war es, warum der Blick dieser ehrlichen Arbeiter zu sagen schien: „Sieh uns nicht an!“

Der Wunsch nach Arbeit, nach „irgend etwas zu tun“, wurzelt tief in jeder Menschennatur. Ein Arbeitsloser, den sie von der Werkstätte fortgeschickten, sagte einst zu mir: „Meine Hände schmerzen nach Arbeit! Sie schmerzen wie die Brüste einer Frau, wenn sie einen Säugling vor Hunger schreien hört!“ Was ist das für ein Unsinns, wenn wir die Unwissenden in ihrer überhebenden und

spöttischen Art reden hören: „Ach, die Arbeitslosen! Sie werden nie ausführen arbeitslos zu sein, solange sie in Faulheit von ihrer Rente leben können.“ Ich glaube nicht, daß auch nur 5 Prozent der Arbeitslosen es vorzögen, in Unfähigkeit von einer Rente weiter zu leben. Sieh dir nur den Mann an, der außer Arbeit war und während einiger Wochen „bummelte“ und darum kämpfte, sich und die Seinen von der Rente durchzubringen. Wir werden an ihm dieselben Zeichen der Verzweiflung finden, wie Carlisle bei den Arbeits- losen von St. Yves, dieselbe Stumpfheit und dasselbe Schweigen, denselben düsteren Ausdruck von Kummer und Scham und Müdigkeit, denselben Blick, der zu sagen scheint: „Sieh mich nicht an!“ Und dieser Verfall von Geist und Charakter ist mit körperlichem Verfall vereint, so daß, wenn endlich Arbeit für ihn kommt, er sie kaum übernehmen kann. Nach wenigen Minuten muß er aussetzen, er kämpft um Luft und kann nicht weiter.

Besser als ein Graf. In der Arbeit selbst, ganz abge- lassen von Lebensunterhalt und Unabhängigkeit, was liegt in ihr für eine Befriedigung, für eine reine geistige Gesundheit. Vor meinem Fenster baut eine Arbeitertruppe an einem neuen Haus. Wenn sie den Boden für das Fundament aufgraben, sind sie wie Kinder, die Schüsseln und Gräben im Sand machen — in meinem langen Leben konnte ich keine größere Freude. Sie fügen die Ziegel aneinander, sie behauen und sägen die Balken wie Kinder, die ein Puppenhäuschen für eine Königin bauen. Sie klettern auf die Dächer, an Steilwänden, die unsre kühnsten Bergsteiger zittern machten. Sie klettern ohne Eisenart oder Seile oder irgendeinen Stützpunkt für den Fuß, außer den schmalen Ritzen zwischen dem Mauerwerk, und tragen beim Steigen auf Kopf oder Schultern schwere Lasten von Ziegeln. Wenn der Steigende den höchsten Punkt erreicht, wirft ihm ein anderer, der gleichfalls an gefährlicher Stelle unter ihm sich hält, Steine oder Ziegel zu, die er in einer leichten und unbekümmerten Art auffängt, ohne Verfall zu erwarten, trotz- dem dieses Auffangen alles übertrifft, was je ein Graf versucht. Oder hast du Arbeiter gesehen, wie sie sich rotglühende Nieten zu- werfen und auffangen mit ihren Eisenzangen, während sie auf steilen Eisengerüsten sitzen? Nichts, was unsre Ballspieler und Sportleute leisten, kommt dem an Geschicklichkeit und Gefahr gleich, und wenn Sie wissen wollen, was Arbeit bedeutet, rate ich Ihnen, es zu ver- suchen. Nicht alle Arbeit ist so interessant, so gefährlich, so spannend wie diese, das weiß ich natürlich. Aber alles was ich sagen will, ist, daß im Vergleich zu der langweiligsten, stumpfsinnigsten, einförmig- sten Arbeit, Arbeitslosigkeit wie ein Stück aus Dantes Hölle ist, und daß Kritiker, die behaupten, dem Arbeiter zöge sie der Arbeit vor, die Menschen belügen. (Uebersetzung aus dem „New Leader“.)

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsere Lohnkämpfe. Streit (Steingewinnung und Stein- bearbeitung); in Koblenz, in Mainz; in Buchenau (Eisenerz-Steinwerke AG.).

Zugung ist fernzuhalten: Außer den Orten unter Streit von den Steinbrüchen bei Bochum, von Duisburg, von Frankfurt am Main (Steinarbeiter aller Branchen).

Kreis Marburg. Der für den Steinsekerberuf, am 25. Juli 1924 in Marburg gefällte Schiedsspruch ist von dem Schlichter für den Bezirk Hessen-Nassau für verbindlich erklärt worden. Die Steinsekerbetriebe in Marburg, Betsershausen, Dreihäusen, Kopsberg, Groß-Seelheim, Molsicht und Cölbe unterliegen somit der Wirkung des Lohn-Schiedsspruches. Unsere Kollegen sollten, soweit die Unternehmer die entsprechenden Lohnsätze noch nicht gezahlt haben, diese umgehend anfordern und im Verweigerungsfall dem zuständigen Gauleiter Nachricht zukommen zu lassen.

Zum Streit bei der A.-G. Eisenerz-Steinwerke, Betrieb Buchenau. Diese Firma stellte sich nicht nur bei jeder Lohnver- handlung sehr kleinlich und schwerhörig, obwohl sie den niedrigsten Lohn in der ganzen Umgebung bezahlte, sondern wollte schon dreimal die 9 stündige Arbeitszeit einführen, was aber jedes- mal von der Belegschaft abgelehnt wurde. Hier wird Diabas (Grünstein) verarbeitet und die Hauptlieferungen waren Bauarbeit nach Holland sowie bessere Grabdenkmäler nach Hannover. Wir hatten seither wöchentliche Abschlagszahlung bei monatlicher Abrechnung (?). Die Firma distanzierte uns dann eine dreimalige Abschlagszahlung im Monat, was unsre Belegschaft stillschweigend hin- nahm. Die Zahltag wurden selten eingehalten! Am 30. Juni belagerten wir unsern letzten Schuß, der nächste war am 12. Juli fällig. Dieser Termin ging vorüber und man erklärte uns, es sei kein Geld da. Einige Tage später hieß es, das Geld sei nach Biedenkopf überwiesen, was sich zuletzt als Schwindel herausstellte. Wir haben nun gewartet bis zum 19. Juli, und als dann noch kein Geld da war, wurde einstimmig beschlossen, die Arbeit solange ein- zustellen, bis unser zustehender Schuß, der ja längst verdient war, gezahlt wird. Wir bemerken noch, daß hier auf dem Lande die Teuerung mit der der Städte Schritt hält und auch die Arbeitslosig- keit groß ist. Am Dienstag, dem 22. Juli, brachte dann ein An- gestellter von Eisenerz Geld, und zwar nur durchschnittlich 25 Mk. (für über drei Wochen Arbeitslohn), während wir durchschnittlich 60 Mk. zu beanspruchen hatten. Wir stellten uns geschlossen auf den Standpunkt, nicht eher anzufangen, bis wir unsern vollen Ab- schlag hatten, weil wir alle stark verschuldet waren. Im Laufe des Tages wurde bekanntgegeben, daß, wer bis zum 23. Juli die Arbeit nicht aufgenommen hat, sich als entlassen zu betrachten hätte. Am nächsten Tage wurde uns dann unsre Entlassung zugestellt und be- kamen wir am 26. Juli unsre Restlösung und Papiere. Hierbei erklärte unser Obmann dem Herrn Verwalter Klein, daß für uns die Sache erledigt sei, nachdem wir unser Geld erhalten hätten. Herr Klein gab die Gegenerklärung ab, daß er sich strikte an die Weisungen von Eisenerz halte. Nach einigen Tagen meldeten wir uns geschlossen zur Arbeit, wurden aber abgewiesen, da wir entlassen seien. Ein Steinmeß, der 14 Tage vorher vorübergehend eingestellt wurde, war der erste Streifbrecher und hatte am nächsten Tage noch zwei weitere mitgebracht. Wir haben versucht, diese „Brüder“ von der Arbeit abzuhalten, aber vergebens. Nach 14 Tagen hat man dann noch von Lohndorf bei Wehlar sechs Streifbrecher, ehemalige Verbandskollegen, herangezogen, und als wir auch diese auf ihr schändliches Handwerk aufmerksam machten, erklärten sie, das ginge sie alles nichts an, wir wären ja entlassen; übrigens seien sie schon ein Jahr arbeitslos und wollten vom Ver- band nichts mehr wissen. Bei den ersten Streifbrechern kamen wir schon mit der Polizei in Konflikt und ein Landjäger brachte diese Streifbrecher zur Arbeit und holte sie wieder von dort ab. Daß diese Brüder uns in den Rücken fallen, rechtfertigen sie damit, daß sie schon ein Jahr arbeitslos seien; das ist das Argument eines Lumpenproletariats! Nach all dem, was wir hörten, haben wir das Gefühl, daß der Streit von unsrer Firma provoziert worden ist, um den Verband hier zu erledigen. Man hat ja mit uns schon allein verhandeln wollen vor dem Streit. Auch äußerte sich Herr Direktor Hans vor einiger Zeit, zwei „Heher“ nicht mehr einzustellen. Wir kennen das Lied, es wird bei jedem Streit gesungen!

Bis jetzt sind folgende Streifbrecher im Betrieb, und zwar sechs Steinmeße von Lohndorf bei Wehlar — 2 Brüder Kohrbach und Müller, zuletzt in Gladenbach gearbeitet, 1 Steinmeß Joh. Bodenbender, eine ganz besondere Nummer, hier geboren, wohnhaft in Weifenbach bei Ballau, und 1 Steinmeß Klingel- hoffer aus Holzhausen bei Gladenbach; ferner 1 Schmiech Graul aus Eckelshausen bei Buchenau und 1 Schloffer Scheld aus Buche- nau. Wir bitten alle Kollegen, sich diese Selben besonders zu merken.

Warum? so muß gefragt werden, haben 170 Verbandszahlstel- len den Fragebogen nicht eingeholt, der bereits am 27. Juli fällig war! Die Ausfüllung dieses einfachen Fragebogens ist nur eine ganz kleine Mühe, die einen Funktionär, der die örtlichen Berufs- und Betriebsverhältnisse kennt, nur 5—10 Minuten in Anspruch nimmt. Wir wissen, daß es nicht der Wille der säumigen Zahlstellen-

leitungen ist, diese 5—10 Minuten etwa nicht für die Verbandsarbeit zu opfern, sondern es scheint nur die mangelnde Erkenntnis in die Bedeutung solcher Fragebogen zu sein. Fragebogen, die in ihrem Gesamtergebnis für die Organisationsarbeit nach außen und nach innen durchaus nicht entbehrlich werden können.

Die Verbandsleitung verwendet solche Fragebogen gewiß nicht aus Laune, sondern immer nur dann, wenn die Unterlagen zur Beurteilung der Berufs- und Verbandslage erneuert und ergänzt werden müssen. Die Verbandsleitung braucht unbedingt diese Unter- lagen, damit sie erkennt, wo und wo ihrerseits durch besondere Maßnahmen in dem örtlichen oder bezirkslichen Bereich die Belange der betreffenden Mitglieder gewahrt werden können. Die 170 säumigen Zahlstellen verteilen sich auf 11 e Gaubezirke. Gau 1 Nordost fehlen 7 Orte, Nordwest 10 Orte; aus dem 2. Gau 3 Orte, 3. Gau 5 Orte, 4. Gau 41 Orte, 5. Gau 30 Orte, 6. Gau 16 Orte, 7. Gau 11 Orte, 8. Gau 12 und 9. Gau 30 Orte. Können nun die Zahl- stellenmitglieder darauf drängen, daß der örtliche Vorstand diese einfachen Notwendigkeiten erfüllt? Diese Frage stellen, heißt sie auch bejahen. Die übrigen Ortsverwaltungsmitglieder vor allen Dingen in den Vorstandszusammenkünften und die Zahlstellenange- hörigen in den Versammlungen haben unter „Verbandsangelegen- heiten“ sich zu erkundigen, ob der örtliche Vorstand auch nach dieser Richtung seine Pflicht erfüllt. Wehnlich steht es auch mit den Vier- teljahrsabrechnungen, die bei einer Anzahl Orte immer hinterher- hinken. Dadurch wird die Arbeit in der Zentrale äußerst erschwert. Es muß unter aller Streben sein, die frühere Erstattet wieder Platz greifen zu lassen.

Verluster Lohnabbau in der Basaltindustrie Oberhessens. In der Provinz Oberhessen und längs der Bahnstrecke Hanau bis Hünfeld liegen eine Anzahl Basaltsteinbrüche, in denen ungefähr 12000 Steinarbeiter mit der Herstellung von Bahn- und Straßen- klotter, aber auch Plastersteinen, beschäftigt sind. Seit einigen Monaten ist eine ausgezeichnete Geschäftslage vorhanden, die sich darin ausdrückt, daß man von der Arbeiterkraft überall verlangt, über die bestehende tarifmäßige Arbeitszeit von 8 Stunden hinaus, 9 Stunden und mehr zu arbeiten. Man sollte nun annehmen, daß das die Arbeitgeber veranlassen würde, den Arbeitern auskömm- liche Löhne zu zahlen. Die Mehrzahl der Arbeiter arbeitet im Akkord, während die im Zeitlohn beschäftigten Steinarbeiter zur Zeit sich mit 39 bis 47 Pfg. in der Spitze begnügen müssen. Daß das als auskömmlicher Lohn bezeichnet werden kann, wird niemand einfallen zu behaupten, der die überaus schwere, jedem Wind und Wetter ausgelegte Arbeit kennt, die mit großem Kleider- und Schuh- verkehr verbunden ist. Anders aber denken die Arbeitgeber des Verbandes der Mitteldeutschen Hartsteinindustriellen, Geschäfts- stelle Frankfurt, Weiserstraße 63. Diese „armen“ Steinindustriellen haben sich sogar erlaubt, zum 31. August den zur Zeit bestehenden Tarifvertrag zu kündigen, und einen neuen Entwurf zu über- senden, nach dem beabsichtigt ist, die Löhne um 10 Prozent herab- zu setzen! Als Grund führt man an, daß die Löhne heute 30 Prozent über den Friedenslöhnen lägen, und wir wieder zu wirklichen Friedenslöhnen, das heißt, 30 Pfg. pro Stunde, kommen müßten, damit die Industrie lebensfähig sei. Die Preise der Lebenshaltungskosten seien ja auch die gleichen sein wie vor dem Kriege. Man gibt damit zu, und die Absicht geht ja auch dahin, die Arbeiter wieder mit dem gleichen Hungerlohn von 30 Pfg. zu entloshen wie vor dem Kriege, wo kein Arbeiter organisiert war.

Und wo der Lohn von heute mit 39 bis 47 Pfg. in der Spitze genau so als Hungerlohn bezeichnet werden muß, wie jener von 30 Pfg. Falls der Steinarbeiterverband mit einer Herabsetzung der Löhne nicht einverstanden ist, droht man mit Betriebsstillegun- gen, wie im letzten Winter, wo fast alle Betriebe fast ein halbes Jahr geschlossen waren. Man versucht in der Hauptsache also nicht nur einen Lohnabbau, sondern man hat vor allen Dingen die Zer- trümmerung des Steinarbeiterverbandes im Auge, der es trotz der Ungunst der Zeit verstanden hat, die Organisation in Takt zu halten. Wenn die Arbeitgeber glauben, mit ihren geplanten Maß- nahmen etwas erreichen zu können, so werden sie sich irren. Der Steinarbeiterverband ist nicht gewillt, den Schatzmachern nachzu- geben, und wird kein Mittel unversucht lassen, die Rechte der Stein- arbeiter mit allem Nachdruck, und sei es mit dem Streit, wahrzu- nehmen. Wir bezweifeln überhaupt, daß das die Absicht aller Arbeitgeber ist, stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß einzelne einschichtige vorhanden sind, die diese herausfordernde Maßnahme nicht gutheißen. Das kommt darin zum Ausdruck, daß dieselben schon seit einiger Zeit über den bestehenden Tarif hinaus zahlen, weil sie anerkennen, das der Arbeiter mit diesen Löhnen nicht aus- kommen kann. Die Hauptabnehmer der Produktion sind der Staat und die Kommunen, und da ist es vor allen Dingen Sache dieser Instanzen, dafür zu sorgen, daß die Produkte nicht zu einem Hun- gerlohn hergestellt werden. Auch die Stadt Frankfurt bezieht Plastersteine von diesen Herren, und ist darauf aufmerksam zu machen, daß sie solche reaktionären Maßnahmen nicht unterstützt. Wenn die Herrschaften in den allgemeinen Schrei der anderen Schatzmacher einstimmen, daß die Produktion zu teuer sei, und daran nur die „hohen“ Löhne schuld seien, so sind wir anderer Auf- fassung. Fast alle, wenigstens die „großen“ Arbeitgeber, wie Mittel- deutsche Hartsteinindustrie in Frankfurt haben in der Inflationszeit es verstanden, die Betriebe neu auszubauen, und sind so in der Lage, rationeller zu produzieren, während ja auch anerkannt ist, daß die Arbeiterkraft, infolge des niedrigen Akkord- und Stundenlohnes ge- zwungen ist, mehr zu leisten in 8 Stunden, wie früher in 10 Stunden.

Die Steinindustriellen stellen nun noch fortwährend die Be- hauptung auf, daß auch die Lebensmittelpreise im ländlichen Gebiet niedriger seien wie in der Großstadt. Auch diese Behauptung trifft gar nicht zu. In den Städten wie auch auf dem Lande, ist seit einigen Wochen eine ganz erhebliche Steigerung der Preise zu ver- zeichnen. Ja, wir müssen sogar die Feststellung machen, daß die Arbeiterkraft auf dem Lande die Kolonialwaren usw. weit teurer einkaufen muß, wie in der Großstadt, wo die Konkurrenz schließlich für Verbilligung sorgt. Und ist der Arbeiter wirklich mal in der Lage, sich einen Anzug oder Schuhe kaufen zu können, so ist er ge- zwungen, nach der Großstadt zu fahren, und auch noch hohes Fahr- geld zu opfern. Ganz abgesehen davon, daß bei dem scharfen Basalt- gestein in drei Wochen ein paar Schuhe vollkommen abgerissen sind. Trotz guter Geschäftslage, trotz Betriebsverbesserungen und trotz herrschender Teuerung fordert man also die Steinarbeiter heraus. Wir rüchten deshalb die dringende Bitte an unsere Kollegen, raitlos für den weiteren Ausbau des Verbandes tätig zu sein, und durch Stärkung des Kampffonds dafür zu sorgen, daß der Anschlag der Steinindustriellen zunichte wird. Eine demnächst stattfindende Konferenz wird sich mit der Angelegenheit befassen, wozu noch Ein- ladung ergeht. 9. Gau. Gauleitung: A. Menges.

Craischheim. Am 11. August fand im Gasthaus zum Grünen Baum in Satteldorf unsre Mitgliederversammlung statt. Tages- ordnung: 1. Die erledigte Lohnfrage. 2. Beschäftigung zur Gau- konferenz in Nürnberg. 3. Verbandsangelegenheiten. Ueber die Lohnverhandlungen vom 11. August, an denen sich Gauleiter Lohse beteiligte, berichtete der Vorsitzende Kollege Grimm. Er dankte im Namen der Versammlung dem rührigen Kollegen Lohse sowie der Lohnkommission für ihr Verhalten bei den Verhandlungen. Die Unternehmer haben anfänglich alles abgelehnt, als nun der Gang der Verhandlungen zeigte, daß die Kollegen auf ihrer Forderung bestanden, sah sich die Firma Schön u. Hippelstein veranlaßt, den auswärtigen Kollegen eine Art Verlehrsulage zu bewilligen. Jedoch Kollege Lohse und die Lohnkommission lehnten in der Mehr- zahl das Ansuchen der Firma ab und waren der Ansicht, jedem ein- zelnen Kollegen das gleiche Recht zuzugestehen. Nach längeren Aus- einandersetzung genehmigten die Unternehmer eine Lohnherabsetzung von 10 Prozent. Damit beträgt der Stundenlohn für Steinmeßen ab 1. August 85 Pfg. Die Brecher- und Hilfsarbeiterlöhne erfahren selbstverständlich je nach der Klasse dieselbe 10prozentige Erhöhung. Kollege Grimm richtete an die Versammlung den dringenden Appel,

besonders an die Brecher, die festgefügte Organisation auch hier nicht hochhalten. — Zur Konferenz wurde Kollege Hilpert als Delegierter gewählt. Unter Verbandsangelegenheiten entwickelte sich eine lebhaftige Debatte. Da es an dem nötigen Willen zum regelmäßigen Besuche fehlte, wurde aus der Versammlung der Antrag gestellt, daß derjenige Kollege, der ohne genügenden Grund die Versammlung nicht besucht, 50 Pfg. Strafe in die Plaktkasse zu bezahlen hat. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß wurde auf Antrag verschiedener Kollegen die Einführung einer Plaktkasse für durchreisende Kollegen beschlossen, dafür sind jede Woche 5 Pfg. zu erheben.

Königsberg i. Pr. Am 8. August fand hier eine Versammlung der Steinarbeiter und Steinseher statt. Der Vorsitzende Kollege Casper begrüßte den sich auf einer Agitationstour befindlichen und erschienenen Kollegen Schenke. Nach Verlesen des Protokolls der letzten Versammlung behandelte Kollege Schenke den Zusammenschluß der Steinseher und Steinarbeiter; im weiteren die gewerkschaftliche Organisation und Taktik. Er schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß seine Worte nicht an tauben Ohren vorüberziehen, sondern auf fruchtbarem Boden wachsen und gedeihen möchten. Mit großem Beifall wurden die Ausführungen des Referenten von den Kollegen aufgenommen. Sie brachten in der Debatte zum Ausdruck, daß der Gauleiter unsere Zahlstelle respektive die Provinz Ostpreußen öfters besuchen möchte. Im zweiten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassierer die Abrechnung, die von den Revisoren für richtig und in bester Ordnung befunden wurde. Darauf wurde der Kassierer entlastet. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten richtete Kollege Schenke an die Kollegen noch anfeuernde Worte zur Pflicht und Treue gegen ihre Organisation. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter wurde die Versammlung geschlossen.

Sohlenteden. Versammlung am 16. August. Der Vorsitzende, Kollege Röhnert wünschte bei der Eröffnung, daß künftig der Versammlungsbesuch ein besserer würde. Das Protokoll der vorhergehenden Versammlung wurde für richtig befunden. Nachdem der Kassierer die von den Revisoren geprüfte Abrechnung vorgelesen hatte, wurde er entlastet. Dann schilderte Gauleiter, Kollege Schlegel, eingehend die Lage in der deutschen Steinindustrie; er fand auch scharfe Worte gegen einzelne Betriebsvertretungen und ermahnte die Kollegen, sich künftig nur an die Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages zu halten. Es muß auch verlangt werden, daß die Betriebsvertretung sich mehr wie bisher um die sozialen und sanitären Betriebsverhältnisse kümmere. Die tägliche Arbeit in den Steinbrüchen biete Anregung genug. In der sanitären Einrichtung fehlt es in den hiesigen Steinbrüchen. Die Verbandszeugbeschaffung ist sehr mangelhaft und entspricht nicht den eventuellen Anforderungen, mit denen im Steinbruchbetrieb immer zu rechnen ist. Das Verhalten der technischen Beamten der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft, die immer nur angemeldet in den Betrieben auftauchen, und meistens recht schnell den Berg wieder hinunterstrahlen, trägt nicht zur Vertrauenshebung der Steinbrucharbeiter bei. Die Versammlung klang aus mit dem Willen zur Organisationsreue, und unter allen Umständen an dem Achttundentag festzuhalten.

Rundschau.

Aus der Steinindustrie. Der Reichsverband der deutschen Steinindustrie veranstaltet mit den ihm angeschlossenen 6 Fachverbänden (Pflasterstein und Schotter-, Granitwerkstein-, Grabmal-, Granit- und Marmor- und Werkstein-) eine Natursteintagung in Heidelberg vom 31. August bis 3. September. Nach den vorliegenden Bekanntmachungen in der Unternehmerrundschau handelt es sich in erster Linie um berufliche und verbandsgeschäftliche Angelegenheiten, wie Eisenbahnfahrts, Zoll, Ausfuhr, Steinbruchs-Berufsgenossenschaft usw. Natürlich spielen auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Steinarbeiter dort eine Rolle. Daneben auch die partikularkräftigen Verbände-Sonderbestrebungen einiger Unternehmerrundgruppen. Das berufliche Zusammengehörigkeitsgefühl ist unter den Unternehmern in der deutschen Steinindustrie, allgemein gesehen, nicht besonders ausgeprägt. Am liebsten würde ein großer Teil wieder für sich müdeln, wenn nur die Arbeiter mit ihren Ansprüchen nicht wären. Vielleicht sind wir in der Lage, an Hand des später erscheinenden Presseberichts auf diese Unternehmerrundgruppen, soweit sie unsere speziellen Aufgaben berührt, noch zurückzukommen.

Durch übereifrige Sprengwut passierte im Betrieb Schacht (Saugenberg) bei der Firma Mergenslager ein Unglück. Als die zirka 100 im Betrieb beschäftigten Arbeiter zum Mittagessen gingen, ertönte das Signal zum Schießen. Pflösch trachten auch die Schüsse und traf ein Stein den Spaltmaschinenarbeiter Franz Schauer von Verbing am Fuße. Mit Schauer waren noch mehrere Kollegen auf dem Heimweg, wodurch ein noch größeres Unglück hätte entstehen können. Schauer brach zusammen und mußte von den Sanitätern zum Arzt gebracht werden. Der Arzt überwies ihn der Klinik in Passau, wo ihm der Fuß abgenommen wurde. Schauer ist Familienvater von 6 Kindern. Oft wurde der Arbeiter Hans Zillner wegen des frühzeitigen Schießens bereits gewarnt, dem er aber trotzdem nicht Folge leistete. Raum 3 Minuten nach dem Mittagessen folgten schon die Schüsse, es war unmöglich, daß sich die Leute in so kurzer Zeit vom Betrieb entfernen konnten. Der Verwalter und Zillner verzögerten, durch unwahre Angaben die Schuld von sich zu wälzen, aber es wird ihnen nicht gelingen, weil viele Zeugen bei der Vernehmung das Gegenteil behaupteten. Der Vorfall ist wieder eine Warnung für sämtliche Schießmeister, weil selten die Vorschriften eingehalten werden. Der Verunglückte mit seiner Familie ist nun der Leidtragende, weil der Schießmeister die Vorschriften nicht beachtete. In seinem Ueberreifer hat er nun sieben Menschen in Not und Sorge gebracht.

Wirtschaft und Arbeit. Arbeitszeit und Leistung. Das „Arbeitszeitproblem“ betitelt sich ein neues Buch von Otto Liepmann, das das Thema in sachlich unterforschender und scharf berichtender Art ohne jede persönliche Stellungnahme behandelt. In rein wissenschaftlicher Weise bringt das Buch etwa 700 internationale Berichte über die Wirkung verschiedener Arbeitszeiten von der zwölfstündigen bis zur sechsstündigen Schicht in allen denkbaren Betrieben. So widerlegend das Material nun zum Teil auch ist: weitaus überwiegt nach den Angaben dieses neutralen Werkes dennoch die Leistungssteigerung bei Arbeitszeitverkürzung. Aber dennoch muß das Unternehmertum gegen den Proletariat in Knechtschaft gehalten werden, damit es nicht zuviel von Menschenrecht zu fühlen bekommt. Organisation heißt Lebensinn. Durch die Tagespresse ging bereits die Nachricht von Prof. Miethes Goldgewinnung aus Quecksilber. In der neuesten Nummer der „Naturwissenschaften“ gibt Prof. Miethes jetzt eine vorläufige Mitteilung, die mit den bisherigen Berichten im wesentlichen übereinstimmt.

Bisher gehörte das Blei zu den Elementen, deren Atome etwas Anteilbares bedeuteten. Erst die neuere Physik hat tiefer geforscht und in den sogenannten Atomen eines Elements sehr komplizierte Gebilde gefunden. Das Atom ist danach nichts Einziges, sondern es setzt sich zusammen aus einem Kern, der die „Sonne“ bildet, und aus einem oder mehreren Elektronen, die den Kern als „Planeten“ umkreisen.

So finden wir immer wieder, selbst in den allerletzten Problemen, bestätigt, daß das Wesen des Seins Organisation ist. Nur Zusammenwirken ist Dasein, nur Zusammenschluß Leben und Entwicklung. Und darum ist der organisatorische Kampf im Sinne des Weltensinn, und darum ist das natürliche Ziel des Strebens die Harmonie des Daseins.

Beseelung der Arbeit. Der Deutsche Werkbund hat jetzt in Karlsruhe seine Jahresversammlung gehabt. Ihren Höhepunkt erreichte die Tagung in einem ernstem und gut gemeintem Vortrage

des badischen Kultusministers Dr. W. Hellpach über die „Beseelung der Arbeit“. Man fühlte auf der Tagung im Sinne Hellpachs, daß etwas geschehen muß, wenn die Arbeit dem Proletariat die Seele nicht völlig ertöten soll. Und doch erkannte man trotz mancher wohl intendierten Reformen nicht den letzten Weg. Man mag die Arbeit zu durchleuchten bestrebt sein, wie man auch will: solange die Arbeit letzten Endes dem Gewinn, dem Kapitalismus gilt, bleibt sie unfähig und seelisch unbefriedigend. Kapitalismus und Beseelung der Arbeit ist und bleibt ein Widerspruch. Zur wahren Durchleuchtung der Arbeit gehört die Arbeit für das Ganze und damit die Arbeit für eine sittliche Idee. Und als Weg und Mittel zur Durchleuchtung der Arbeit ist der gewerkschaftliche Klassenkampf eine sittliche Pflicht.

Das Getreide Brot. Die Verteuerung der Weltgetreidepreise hält weiter an. Der Weizen steht heute hoch über dem des vorigen Jahres. Es wäre schwer festzustellen, welchen Anteil die schwachen Weltenernteausichten, welchen aber die Spekulation an der Verteuerung hat. Voriges Jahr gab es eine außerordentlich reiche Welternte. In den großen Weizenanbauländern war nach Abzug des eigenen Verbrauches ein Ueberschuß von 17 Millionen Tonnen Weizen für die Ausfuhr vorhanden. Die Weizenanbauländer brauchten aber nur 7, höchstens 10 Millionen Tonnen. Infolge der Missernte in Asien, China, Japan usw. wurde viel Weizen dorthin verschifft, auch hat sich die französische Ernte kleiner als erwartet herausgestellt. Trotzdem war am 1. März noch ein sichtbarer Vorrat von 14 Millionen Tonnen für die Ausfuhr vorhanden. Im neuen Erntejahr müssen demnach die alten Vorräte noch etwa 7 bis 8 Millionen Tonnen betragen, zweimal soviel als ein Jahr zuvor. Selbst bei einer schwachen Ernte in diesem Jahr dürften also die großen Vorräte das Steigen der Preise verhindern. Was aber die wiesjährige Welternte anbelangt, so dürfte sie infolge der Einschränkung der Anbauflächen in den Vereinigten Staaten und Kanada und infolge schlechter Witterung in Europa und Nordamerika geringer sein als ein Jahr zuvor. In den Vereinigten Staaten wird der Rückgang auf 12 Prozent geschätzt. Doch lauten die Berichte der letzten Zeit über die Ernteausichten in Kanada und auf dem Balkan wesentlich besser. Auch Indien dürfte letzten Jahres zufolge eine gute Ernte haben. In Argentinien und Australien wird die Ernte erst Ende Dezember reif werden, die Ausichten sind gegenwärtig sehr gut. In Mais soll Argentinien eine Rekorderte haben. Das Gesamtbild der Welternte ist demnach nicht einseitig, trotzdem sind die Preise dank einer ungeheuren Spekulation bereits jetzt stark in die Höhe gegangen.

Das Arbeitsprogramm der sozialistischen Regierung Dänemarks. In Dänemark haben gegenwärtig die sozialistische Partei und die radikale Partei die Mehrheit im Unterhaus, während im Oberhaus die konservative Partei in der Majorität ist. Die sozialistische Mehrheit des Unterhauses hat dennoch die Durchführung einer Anzahl durchgreifender Reformen in Angriff genommen. Der Sekretär der Partei, Andersen, teilt das Programm der Regierung im englischen „New Leader“ in folgendem mit: Es soll eine Vermögensabgabe auf Vermögen über 50 000 Kronen eingeführt werden. Nach Vermögen von 60 000 Kronen soll die Vermögensabgabe ein Prozent, nach Vermögen von über 20 Millionen Kronen 15 Prozent betragen. Die Bezahlung der Abgabe wird auf sechs Jahre verteilt. Durch die Vermögensabgabe würde die Staatsschuld um ein Drittel vermindert. Eine Anzahl Gesetzesvorlagen verfolgen den Zweck, den Verbraucher gegen die Truiste zu verteidigen, um der Spekulation und dem Preiswucher einen Riegel vorzuschieben. Ein anderer Gesetzesentwurf soll die Betriebsräte in die Industrie einführen. Die Washingtoner Konvention über den Achttundentag soll ratifiziert werden. Die neuen Steuervorlagen bauen das Steuerwesen auf die Grundrente auf, während die Verbrauchssteuern stufenweise abgebaut werden müssen. Der Minister für die Landesverteidigung bezeichnet sich als „Abrüstungsminister“. Ein Gesetz wird unterbreitet, mit der Absicht, das Heer und die Flotte abzulassen und an ihrer Stelle eine Grenzwehr und eine Marinepolizei einzurichten. Dieses Gesetz soll durch Volksabstimmung zur Annahme gebracht werden. Sollte sich das Oberhaus seiner Annahme widersetzen, so kann die Abschaffung des Oberhauses, die auch sonst eine sozialistische Forderung darstellt, die Folge sein.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

An die Kassierer! Ein unliebsames Vorkommnis gibt Veranlassung, zum wiederholten Male davor zu warnen, Geldbeträge in Briefen, auch nicht in eingeschriebenen Briefen zu senden. Die Post haftet wohl für den eingeschriebenen Brief, aber nicht für den Inhalt. Nun kann auch jeder leicht sagen, daß er diesen und diesen Betrag in den Brief hineingelegt habe, wie auch der Empfänger behaupten kann, kein Geld in dem angekommenen Brief vorgefunden zu haben. Man wird beiden das Gegenteil schwer nachweisen können und der ehrliche Name des einen oder andern Kollegen ist in Gefahr, zu Unrecht in üblen Ruf zu kommen. Spart deshalb nicht an falscher Stelle, zahlt Gelder auf Zahlkarte oder Postanweisung ein, wie es sich gehört, dann kann jederzeit nachgeprüft werden, was der Absender eingezahlt und was der Empfänger quittiert hat. Auch ist es dringend notwendig, den Zahlkarten- oder Postanweisungsabschnitt mit dem Zahlstellenstempel zu versehen, um Verwechslungen, Fehlbuchungen und unnötige Mahnungen zu vermeiden. Es haben eine ganze Menge Zahlstellen die gleiche Postanstalt, verschiedene Absender gleiche Namen, so daß es im eigenen Interesse des Absenders liegt, alle Sendungen mit dem Zahlstellenstempel zu versehen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Nürnberg. Den Kollegen der Zahlstelle Nürnberg diene zur Kenntnis, daß am 7. September, vorm. 9 Uhr, die Konferenz für Gau 7 und 8 in der grünen Flur, St. Johannisstraße 80, stattfindet. Am 6. September, abends 7 Uhr, findet im gleichen Saale der grünen Flur eine allgemeine Steinarbeiterversammlung für die Zahlstelle Nürnberg statt, an der auch die sämtlichen Delegierten teilnehmen, um ein äußerst wichtiges Referat des Gauleiters Kollegen Schmidt-Wunsiedel entgegenzunehmen. Auch die Berufs-Kollegen, soweit sie noch im Bauarbeiterverband sind, sind freundlichst eingeladen.

Es wird sämtlichen Kollegen zur Pflicht gemacht, die Versammlung am Samstag zu besuchen, desgleichen werden die Kollegen ersucht, soweit sie in der Lage sind, einen Delegierten zu beherbergen, denselben von der Versammlung mit nach Hause zu nehmen.

Im Auftrag der Ortsverwaltung: Joh. Krauß.

Adressenänderungen.

- Gau N. O. Lübeck. Vorl.: Hans Trause, Elswigstr. 14a.
- Gau Ostb., Post Nimpfisch, Schles. Vorl. Paul Obst, Stegrositz. Post Tepfowoda, Kr. Nimpfisch, Schles. Raff.: Ernst Blech, Klein-Johnsdorf, Post Krauß, Kr. Nimpfisch, Schles.
- Gau G. Germode. Kass.: Heinz Johann Beste, Haus Nr. 98, Wolfenbüttel. Vorl. und Kass.: Egidius Kwijas, Lange Str. 7 I.
- Gau Wunsiedel (Oberst.). Vorl.: Franz Mayer, Biebersbacher Straße 12.

Neue Bücher und Zeitungen.

Gewerkschaften und Sachverständigen-Gutachten. Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zum Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924. Ergebnisse der zur Prüfung der Gutachten eingesetzten Sonder-

kommission. Zusammengeheftet im Auftrage der Spitzenverbände als Material für die Funktionäre von Kurt Heinig. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 30 Pfg.

Dr. Viktor Engelhardt: Der Mann in der Jugendbewegung. 48 S. Preis 50 Pfg. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. 1924.

Das Büchlein will Antwort geben auf zwei brennende Fragen: Wo steht heute die Jugendbewegung? — und — wohin führt der Weg? Ein kurzer geschichtlicher Ueberblick schildert das Wachsen der Jugend und beantwortet die erste Frage mit den Worten des Titels. Die wenigen Angaben können die Fülle des Inhalts der kleinen Schrift nicht ersetzen. Sie sollen nur andeuten, daß der Verfasser die große Kulturaufgabe, vor der die Jugend steht, mit klaren und passenden Worten zeichnet. Jeder, dem es ernst ist um das Schicksal der Jugend, muß die Ausführungen Engelhardts nicht nur lesen, sondern muß sich mit seinen Forderungen des „Mannwerdens“ und des „Willens zur Masse“ auseinandersetzen.

„Jugend-Liederbuch“. 6. Auflage, 300. bis 350. Tausend, zusammengestellt von Aug. Albrecht. 168 Seiten, Preis kartoniert 40 Pfg., in Ganzleinen 70 Pfg. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Das in den Kreisen der Jugend und darüber hinaus bei den Erwachsenen weit bekannte „Jugend-Liederbuch“ liegt nunmehr in verbesserter und erweiterter Auflage vor. Mit dieser sechsten Auflage erreicht es das dreihundertste bis dreihundertfünfzigste Tausend. Sicher ein Beweis seiner großen Beliebtheit. Das Buch ist im Buchhandel wie direkt vom Verlag zu beziehen.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Th. Leipart. 1. Jahrgang, 2. Heft. 64 Seiten, Preis 1 Mk. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das sechste erschienene zweite Heft enthält folgende Aufsätze: Prof. Hugo Sinzheimer, Der Kampf um das neue Arbeitsrecht; Robert Schmidt, Die Wirtschaftskrise; Bern Meyer, Direktor der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Die Arbeiterbanken; Clemens Körpel, Der Betriebsrat; S. Aufhäuser, Das Zusammenwirken von Arbeitern und Angestellten; Albert Gallenberg, Die neue Beamtenbewegung; Dr. Otto Lipmann, Arbeitswissenschaft; Richard Wolst, Probleme der industriellen Betriebskontrolle; Rumbach, Probleme der Arbeit; Arbeitsrecht; Die Selbstverwaltung in der Angestelltenversicherung; Heerschau der Arbeit in den Vereinigten Staaten; Löhne und internationale Konkurrenzfähigkeit; Um die Syndikate in der Montanindustrie; Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung; Bodenpolitik.

„Der Kunststein“. Systematische Einführung in das gewerbliche Kunststeinfach, umfassende Herstellung von Kunsthandstein, Kalksandstein, Zementwaren aller Art, Mosaik- und Granitoidplatten, Terrazzo, Steinholz und künstlichen Fußbodenbelägen, sowie die Gewinnung und Verwendung der dazu notwendigen Rohmaterialien; die Werkzeuge in ihrer Art und im Gebrauch samt der Herstellung von Formen und Modellen aus Holz und Gips. — Das Werk erscheint in 16 Lieferungen von je 32 Seiten und kann durch jede Buchhandlung oder beim Elster-Verlag in Rüssen 6. Leipzig unter Nachnahme bestellt werden. Es ist die zweite Auflage, nach neuzeitlichen Erfahrungen bearbeitet und herausgegeben, reich illustriert, mit vielen Zahlenwerten und Mischungsanweisungen ausgestattet von Alfred Bonhagen. Preis je Heft 2 Mk.

Es liegen bis jetzt 6 Hefte vor. Der Inhalt dieser Hefte zwingt uns, trotz leicht begreiflicher Abneigung gegen Kunststeine, doch zu sagen: Es ist ein Werk, in dem mit großer Liebe, Fleiß und vor allem mit großer praktischer Sachkenntnis eine wirklich umfassende und fesselnde Darstellung der Kunststein-Fabrikation gegeben wird. Von den einfachsten Anfängen bis zur modernen maschinellen Mischung und vollendeten Nachahmung der Natursteine. Einmal dieser Natursteine an sich und dann in ihren verschiedensten, wie steinmehrmäßig bearbeiteten Formen. Die Kunststein-Fabrikation ist zum Schaden unserer Natursteinindustrie weit über ihre ursprüngliche Gebiet (Zementröhren, Platten, Fliesen, Ziegelsteine) hinausgeweitet, und es nützt nichts, wenn die Kreise der Naturstein-Industrie etwa glauben, auf diese „elende Paperei“ von oben herabsehen zu müssen. Sie bahnt sich unbehirtet ihren Weg, trotz verschiedener Mißerfolge; wobei die heutige einfache und sparsame Bauweise der Kunststeinfabrikation ungewollt zur Hilfe kommt. Was für die Natursteinindustrie an Gegenmittel in Betracht kommt, damit sie nicht vollständig überannt wird, mag in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben. Hier handelt es sich um das schriftliche Werk „Der Kunststein“, dem wir trotz aller beruflichen Bedenken die objektive Anerkennung nicht versagen können.

Briefkasten.

Abg. Namen von Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge gefristet wurden in der Mitgliederliste, werden nicht veröffentlicht.

Anzeigen

Berlin. Donnerstag, 4. September, abds. 7 Uhr im Gewerkschaftshaus (Großer Saal) Bekanntmachung aller Branchen Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal, 2. Bericht von der Betriabs-Konferenz in Leipzig, 3. Bericht über den Zahlstellenbesuch erwartet Die Ortsverwaltung. J. A. Wenzel	4-5 Steinmehlen für größere Scharrararbeiten auf weiches Material, sofort gesucht, möglichst mit eigenem Scharrarwerkzeug. Meldung bei Lorenz Kauo, Steinmehler Gleiwitz O/Schl., Rieberglingstraße 6 bei Dobies
Granitschleifer für Sand und Maschine sowie Granitsteinmetz in angenehme Dauerstellung sofort ges. Otto Koppe, Dobrilugk (N.-L.)	Pflastersteinmacher bei hohem Lohn gesucht. J. Dorfner Granit- und Brauwerke Diethensdorf Bezirk Leipzig
1 Maschinenschleifer auf Granit stellt ein Georg Wolf, Granitwerk Zschella bei Weihen.	2000qm Kleinpflastersteinen aus Borspühr in St. Blasen (Badischer Schwarzwald). Badische Wasser- u. Strassenbau-Amt Bonndorf (Badischer Schwarzwald). Bücher die in feiner Zahlstelle leben dürfen, für Betriebsräte u. Gewerkschaftsfunktionäre empfohlen Verlag des ADGB, Berlin 50, 16 Engelstraße 24.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingehandt werden.

- In **Beucha** am 6. Juli der Pflastersteinmacher **Karl Schielke**, 36 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden.
- In **Berlin** am 24. Juli der Bildhauer **Ernst Geyer**, 55 Jahre alt, Herzschlag.
- In **Königsbrunn** am 28. Juli der Hilfsarbeiter **Max Büttner**, 21 Jahre alt, Unfallsfall.
- In **Abelshausen** am 9. August die Brecher **Albert Klinge**, 21 Jahre alt, **Eduard Brunnacht**, 57 Jahre alt, beide infolge Betriebsunfalls.
- In **Sobburg** am 14. August die Steinbläugerin **Emma Müller**, 51 Jahre alt, Betriebsunfall.
- In **Geilnau** am 15. August der Brecher **Joseph Pabel**, 35 Jahre alt, Unfallsfall.
- In **Geires** am 20. August der Granitsteinmetz **Adam Buchler**, 58 Jahre alt, Blutvergiftung.

Ehrentreu und dankbar!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.